
Protokoll des Landesjugendhilfeausschusses vom 20.06.2025

Vorsitz: Larissa Krümpfer

Ort: Kwadrat, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen

Zeit: 14:37 Uhr – 16:40 Uhr

Protokoll: Melisa Marx und Katharina Brunner

Stimmberechtigte Teilnehmende:

Mitglied		stellv. Mitglied	
Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Dertwinkel, Sina	<input checked="" type="checkbox"/>	Erdemir, Mevlut	<input type="checkbox"/>
Averwenser, Yvonne	<input type="checkbox"/>	Schmull, Sandra	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input checked="" type="checkbox"/>	Bries, Falko	<input type="checkbox"/>
Kähler, Katharina	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input checked="" type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input type="checkbox"/>
Aytas, Recai	<input checked="" type="checkbox"/>	Tepe, Nurtekin	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Stephan-Titze, Julia	<input type="checkbox"/>
Dr. Tell, Franziska	<input type="checkbox"/>	Schaefer, Maike	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Humpich, Ole	<input type="checkbox"/>	Voigt, Fynn	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd	<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlmann, Jasmin	<input type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input checked="" type="checkbox"/>	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input checked="" type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input type="checkbox"/>
Ülsmann, Maria	<input type="checkbox"/>	Büscher, Thorsten	<input type="checkbox"/>
Maasberg, Jessica	<input checked="" type="checkbox"/>	Mirassol, Marcelo	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input type="checkbox"/>	Westkämper, Antalia	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Ponievas, Yves	<input checked="" type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input type="checkbox"/>

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Tagesordnung

Der TOP 06 „Zwischenprüfung zur Rahmenkonzeptumsetzung zur Einrichtung einer Ombudsstelle im Land Bremen (nach § 9a SGB VIII sowie § 8a BremAGKJHG)“ wird aufgrund von weiterem Abstimmungsbedarf von der Tagesordnung genommen.

Thomas Jablonski beantragt für die Senatorin für Kinder und Bildung, folgende Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung aufzunehmen:

- Anpassung von KiQuTG-Förderrichtlinien
- Schaffung der Voraussetzungen für mehr Verlässlichkeit in der Kindertagesbetreuung, Verstärkung der Teams in den Kitas und den weiteren Ausbau durch befristete Erweiterungen der Möglichkeiten des Personaleinsatzes für die Träger der Kindertagesbetreuung im Land Bremen – Änderung des BremKTG

Beschluss zum Antrag:

Zustimmung: 6

Gegenstimmen: 7

Enthaltungen: 0

Die Tagesordnung wird ohne TOP 06 und ohne die von der Senatorin für Kinder und Bildung beantragten Tagesordnungspunkte genehmigt.

Beschluss zur Tagesordnung:

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom (19.12.2024)

Das Protokoll aus der Sitzung vom 19.12.2024 wird genehmigt.

Jessica Maasberg merkt an, dass der Sitzungsort auf dem Protokoll korrigiert werden muss.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Jessica Maasberg

Beschluss:

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 3

Geschäftsordnung für den Jugendhilfeausschuss und den Landesjugendhilfeausschuss

Nicole Weiß führt in die Vorlage ein.

Hetav Tek berichtet, dass in der Deputation eine Fraktion dem Umlaufverfahren widersprechen kann. Sie erfragt, ob dies auch für den LJHA und JHA gilt.

Rolf Diener erklärt daraufhin, dass im LJHA und JHA eine andere Rahmensetzung gilt als bei einer Deputation. Aufgrund dessen ist die Stimmenanzahl relevant.

Hetav Tek bittet darum, Widerspruchsmöglichkeiten für das Umlaufverfahren zu prüfen.

Märthe Stamer zitiert dazu § 2 (7) der Geschäftsordnung des LJHA Niedersachsen:

„Beschlüsse können auf Veranlassung der/des Vorsitzenden im Umlaufverfahren per E-Mail gefasst werden, wenn dem nicht die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder innerhalb der Umlauffrist per E-Mail widersprechen. (...)“

Dieser Passus soll in die bremische Geschäftsordnung mit aufgenommen werden und wird im Rahmen des Beschlusses mitbestimmt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Nicole Weiß, Hetav Tek, Rolf Diener, Hetav Tek, Märthe Stamer, Gerd Ziegler, Katharina Kähler, Mark Jungclaus

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Geschäftsordnung in der vorliegenden Fassung.

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 4

Antrag Tausch in der zeitlichen Abfolge LJHA und JHA am 26.9.2025

Jessica Maasberg führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Jessica Maasberg

Beschluss:

Der LJHA und JHA, die am 26.09.2025 tagen, wechseln in ihrer Reihenfolge. Es wird erst der JHA und dann der LJHA stattfinden.

Zustimmung: 13

Antrag Tausch in der zeitlichen Abfolge LJHA und JHA am 26.9.2025

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 5

Vorstellung des Jahresberichts 2024 der Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen (BeBeE)

Katharina Stegemann von BeBeE stellt den Jahresbericht vor und berichtet außerdem zur Umsetzung der Evaluation der Beratungsqualität (vgl. LJHA-Beschluss vom 20.04.2023), dass die digitalen Feedbackmöglichkeiten von den Ratsuchenden nicht angenommen wurden. Die Online-Befragung wurde am 01.01.2024 gestartet. Im gesamten Jahr 2024 hat es Rückmeldungen im niedrigen einstelligen Bereich gegeben, obgleich in den Beratungen regelmäßig Info-Flyer zu der Feedback-Möglichkeit ausgegeben wurden. Folglich wurde die Befragung in Rücksprache mit der senatorischen Behörde für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration eingestellt.

Auf Nachfrage teilt Katharina Stegemann mit, dass in Bremen-Nord in den Räumlichkeiten von PiB beraten wird. Die Bremerhavener Kollegin Ann-Christin Caspar stellt auf Nachfrage die Zahlen für Bremerhaven vor. 2024 gab es in Bremerhaven 31 neue Anfragen und 7 Beratungsführungen aus dem Jahr 2023.

Weiter führt sie auf Nachfragen aus, dass es im Bereich der Hilfeplanung häufig um das Thema Beteiligung geht. Ca. 60 % der Fälle werden innerhalb von einem Monat, mit mehreren Besprechungsterminen, geklärt. Die Anzahl der Termine ist sehr individuell, so gebe es auch Fälle, die über mehrere Jahre begleitet werden. Bezüglich der Statistik erläutert sie, dass erfasst wird, ob Eltern gemeinsam beraten werden. Der Parameter ist nicht der Alleinerziehenden- oder Paar-Faktor. Ein Fluchthintergrund ist in der Statistik vorhanden, wird aber nicht explizit erfragt und nur bei Bekanntheit erfasst.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Ombudsstelle in der Öffentlichkeit für das Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe im Laufe der Jahre immer bekannter geworden ist. Im Bereich der Kindertagesbetreuung braucht es hier noch Zeit und Öffentlichkeitsarbeit, das Angebot bekannt zu machen.

Gerd Ziegler erläutert noch einmal die Notwendigkeit der Ombudsstellen. Für die erzieherischen Hilfen geht es hier auch um einen Ausgleich, wenn eine hohe Machtasymmetrie vorhanden ist und Angst vor Ablehnung besteht. Im Bereich der Kindertagesbetreuung benötigt es Ombudsstellen, da Eltern sich manchmal nicht trauen Themen anzusprechen und ihre Rechte durchzusetzen. Gerade an dieser Stelle unterstützt die Ombudsstelle und ergänzt bestehende Beschwerdewege. Die Ombudsstelle ist somit ein Gewinn für die Bürger:innen der Stadt.

Thomas Jablonski verweist auf bestehende Beschwerdestrukturen im Rahmen des kommunalen und des Landesjugendamtes, bei dem Eltern Probleme vorbeibringen können und eine trägerunabhängige Bearbeitung sichergestellt wird und zudem Interventionsmöglichkeiten zur Klärung gegeben sind. Insofern wird davon ausgegangen, dass die Fallzahlen für originäre Aufgaben der Ombudsstelle im Bereich der Kindertagesbetreuung auch weiterhin begrenzt sein werden. Fälle zur Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung wurden von vornherein aus

Vorstellung des Jahresberichts 2024 der Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen (BeBeE)

dem der Ombudsstelle ausgeklammert, da hier eigene Beschwerdewege und Durchsetzungsmöglichkeiten bestehen. SKB nimmt die geäußerten Erwartungen an die Arbeit der Ombudsstelle für den Bereich der Kindertagesbetreuung mit in den geplanten Austausch mit dem Träger.

Anja Schellin vom Paritätischen benennt, dass die Ombudsstelle für Bremen eine große Chance darstellt, da sie gleichzeitig für den Bereich der Kindertagesbetreuung und der Hilfen zur Erziehung ansprechbar ist. Dies bedeutet Kommunikationsstabilität und Kontinuität für Menschen. Das Ergebnis ist zwar noch nicht sichtbar, aber sie ist überzeugt, dass es sich positiv entwickeln wird.

Mark Jungclaus berichtet als Pflegevater von positiven Erfahrungen mit der BeBeE. Er wünscht sich eine breitere Bekanntmachung auch eigeninitiativ von Seiten des Jugendamtes.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Selin Arpaz, Ann-Christin Caspar, Hetav Tek, Katharina Stegemann, Sahhanim Görgü-Philipp, Gerd Ziegler, Mark Jungclaus, Katharina Kähler, Thomas Jablonski, Anja Schellin

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Vorstellung des Jahresberichts 2024 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6

Zwischenprüfung zur Rahmenkonzeptumsetzung zur Einrichtung einer Ombudsstelle im Land Bremen (nach § 9a SGB VIII sowie § 8a BremAGKJHG)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

Tagesordnungspunkt 7

Rahmenkonzept Inklusive Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen

Frau Hastedt führt in die Vorlage ein.

Hetav Tek schlägt eine redaktionelle Änderung vor. Aufgrund dessen wird der Beschluss in Kenntnisnahme und Bitte aufgeteilt. Über Letzteres wird abgestimmt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Hetav Tek

Beschluss:

1. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und
2. Der Landesjugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration um die Erstellung des skizzierten Rahmenkonzepts „Inklusive Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen“.

Zustimmung: 13

Rahmenkonzept Inklusive Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 8

Übergreifende Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie im Land Bremen

Frau Hastedt führt in die Vorlage ein. Sie verweist darauf, dass es sich nicht um eine Entwurfsfassung handelt.

Rolf Diener benennt auf Nachfrage, dass mit der Senatskanzlei ein umfassender Abstimmungsprozess stattgefunden hat und sich bei einer anderen Verortung keine Zeitersparnis ergeben hätte. Jedes beteiligte Ressort muss Arbeitsergebnisse liefern, lediglich die Gesamtfederführung liegt bei SASJI. Er ist optimistisch, dass am Ende ein gutes Produkt vorgelegt wird, dafür braucht es jedoch Zeit.

Katharina Kähler ergänzt für die Koalition, dass grundsätzlich eine zügige Umsetzung gewünscht ist, aber es auch einer umfassenden Betrachtung bedarf. Es handelt sich um ein komplexes Vorhaben. Die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen sind hierbei zu berücksichtigen.

Sahhanim Görgü-Philipp äußert den Wunsch, dem Ausschuss möge die Strategie spätestens im vierten Quartal 2026 vorgelegt werden. Sabine Hastedt nimmt den Wunsch auf und versichert zu prüfen, ob dies möglich ist.

Im Gremium wird die Frage nach dem Fokus auf die Digitalisierung diskutiert. Aktuell sind die Möglichkeiten für Jugendbeteiligung im digitalen Bereich noch nicht ausgeschöpft. Alle Schüler:innen nutzen iPads und das Lernportal itslearning. Ggf. kann Beteiligung zielgruppenspezifischer stattfinden, weshalb die Digitalisierung im Schwerpunkt mitgedacht werden soll. Deutlich in der Diskussion wird aber auch, dass die persönliche Beziehungsarbeit eine wichtige Grundvoraussetzung für Beteiligung ist.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Hetav Tek, Rolf Diener, Jessica Maasberg, Katharina Kähler, Sahhanim Görgü-Philipp, Selin Arpaz, Yves Poniewas

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 9

Berichte der Verwaltung

Einrichtung einer Geschäftsstelle gemäß Rahmenkonzept „Jugendhilferat und Careleaver:innen-Selbstvertretung im Land Bremen“

Berichte der Verwaltung

Der Beschluss des Ausschusses vom 19.12.2024 wurde umgesetzt und die Trägerschaft für die Einrichtung und den Betrieb einer Geschäftsstelle gemäß Rahmenkonzept „Jugendhilferat und Careleaver:innen-Selbstvertretung im Land Bremen“ an die Jugendbildungsstätte LidiceHaus übertragen. Am 01.03.2025 hat die Geschäftsstelle planmäßig ihre Arbeit aufgenommen. Initiiert ist bereits eine Informationskampagne in den stationären Wohneinrichtungen, u.a. sogenannte Kick-Off-Veranstaltungen. Die Wahl zum Landesjugendhilferat soll im Herbst 2025 und die Konstituierung möglichst im Januar 2026 erfolgen.

Tagesordnungspunkt 10

Verschiedenes

Yves Poniewas verweist auf das Protokoll des letzten LJHA und erfragt den aktuellen Stand der Gründung eines Fachtags zur Schnittstellenbetrachtung der inklusiven Kinder und Jugendhilfe.

Cordula Breitenfeldt berichtet daraufhin, dass vorgeschlagen wurde, dass eine Teilnahme bei der AG Schlanke Prozesse etabliert wird. Das ist geschehen, Einladungen wurden versendet. Es wurde ebenfalls vorgeschlagen, einen Fachtag der inklusiven Jugendhilfe inklusive eines entsprechenden Workshops stattfinden zu lassen. Dieser ist am 13.03.2025 durchgeführt worden. Die Einladung zur Arbeitsgruppe besteht weiterhin. Das Spitzenpapier hat Cordula Breitenfeldt erhalten. Es besteht jedoch noch Absprachebedarf.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Yves Poniewas, Cordula Breitenfeldt

Tagesordnungspunkt 11

Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Fördersystematik Jugendverbandsarbeit

Jessica Maasberg gibt einen Zwischenbericht zur Fördersystematik der Jugendverbände. Die neue Fördersystematik soll aus Sicht der UAG 2026 in Kraft gesetzt werden. Die UAG ist abgeschlossen. Es gibt gemeinsame Ergebnisse, einen formellen Standardstufenplan zu einer Grundfinanzierung und einer dynamischen Förderung. Für die Jugendverbandsarbeit braucht es eine dynamische Tarifanpassung der Beschäftigten. Ohne Hinterlegung von Mitteln ist ihre Arbeit nicht umzusetzen.

Yves Poniewas ergänzt, dass nach interner Kommunikation viele ehrenamtliche junge Menschen auf ihn zugekommen sind. Er ist froh, dass die jungen Menschen in Hemelingen gehört wurden. Sie unterstützen aktiv, aber es besteht nicht das Gefühl, dass die Arbeit im Ehrenamt wertgeschätzt wird. Das ist nicht zufriedenstellend für ehrenamtliche Jugendliche.

Hetav Tek spricht ihren Dank an den Bremer Jugendring aus. Sie bedankt sich für den konstruktiven Umgang und hofft auf gute Gespräche.

Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Jessica Maasberg, Yves Poniewas, Hetav Tek

Sondersitzung

Es wird für die zwei Themenanmeldungen der Senatorin für Kinder und Bildung ein Antrag auf eine Sondersitzung gestellt, damit beide Themen nach dem Sommer über den Senat beschlossen und ab September in das Gesetzgebungsverfahren gehen können.

Beschluss:

Die Sondersitzung des Landesjugendhilfeausschusses soll am 03.07.2025 um 14:00 Uhr digital stattfinden.

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Mark Jungclaus weist darauf hin, dass eine Berichterstattung zu den Meldungen der „Besonderen Vorkommnisse“ der Einrichtungsaufsicht angekündigt war. Rolf Diener sagt zu, dass die Zahlen der letzten 5 Jahre gemeinsam mit Bremerhaven bis zum nächsten LJHA aufbereitet und vorgelegt werden.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Mark Jungclaus, Rolf Diener



Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen



Ombudtschaftliche Beratung nach § 9a SGB VIII

Ombudstellen müssen „Vorhaltestrukturen“ sein – sie sollen laut Gesetzgeber Betroffenen eine von staatlichen Stellen unabhängige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeit geben.

Aufgabe: Beratung, Begleitung und Vermittlung bei Konflikten mit dem öffentlichen oder freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

Aufgabenprofil der Ombudsstellen erstreckt sich auf alle Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 SGB VIII, bezieht also u.a. auch Kindertageseinrichtungen mit ein.

Ziel von Ombudschaft: verbesserte Teilhabe von jungen Menschen, Eltern und Familien im Kinder- und Jugendhilfesystem, Ausgleich von Machtasymmetrie.

Die Länder sind zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots verpflichtet.



Ombudtschaftliche Beratung in Zahlen 2024

Aktuell bereits so viele Anfragen wie Mitte September des Vorjahres, d.h. es ist mit einer deutlichen Steigerung im Jahr 2025 zu rechnen.

Bundesweiter Anstieg in der ombudtschaftlichen Beratung um 26 % von 2023 auf 2024

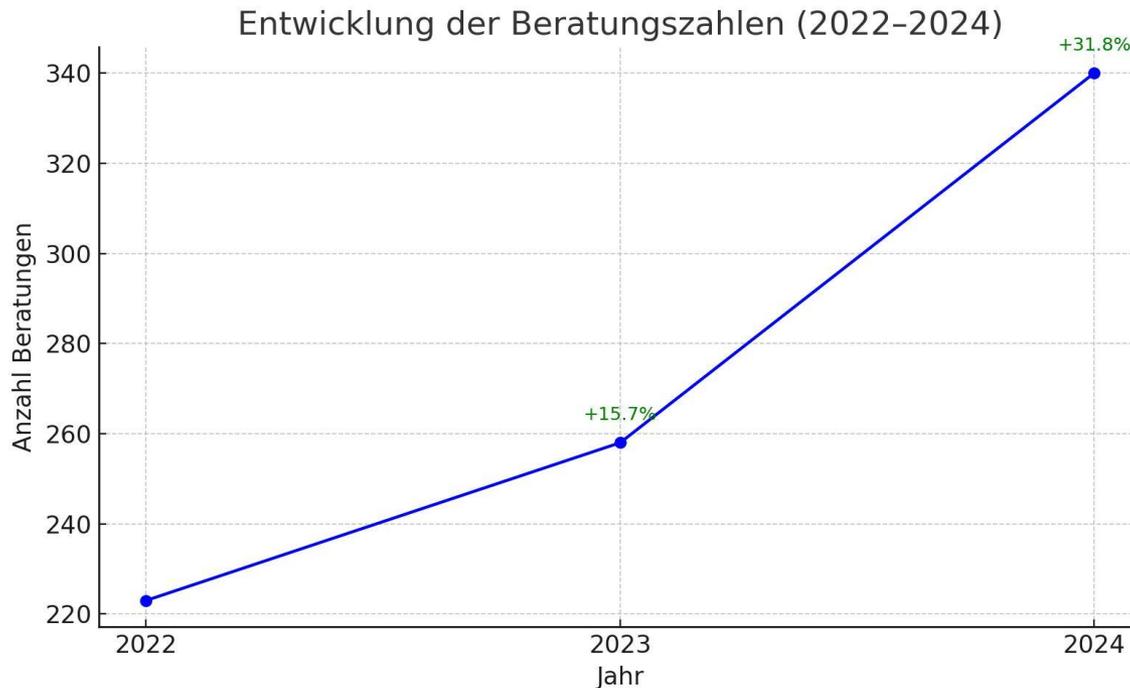
Steigerung der Fallanfragen in Bremen im Vergleich zum Vorjahr um 32 %

Bremen: 262 neue Anfragen
Bremerhaven: 31 neue Anfragen

340 Fälle wurden im Jahr 2024 beraten
(293 neue Anfragen und 47 Altfälle aus den Vorjahren)



Entwicklung der Beratungszahlen 2022-2024 im Land Bremen

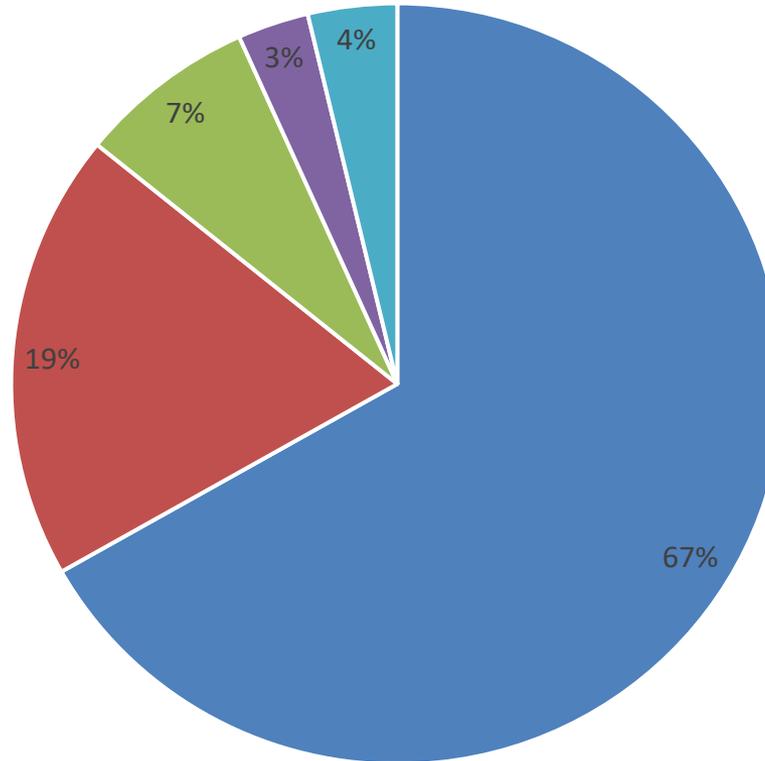


bisherige Anfragen in
2025 (19.06.2025):
195 plus 51
Fortführungen=246

Zahlen der Statistik
zeigen nicht den
Bedarf, sondern
spiegeln, wie viele
Beratungen möglich
waren (Hellfeld).



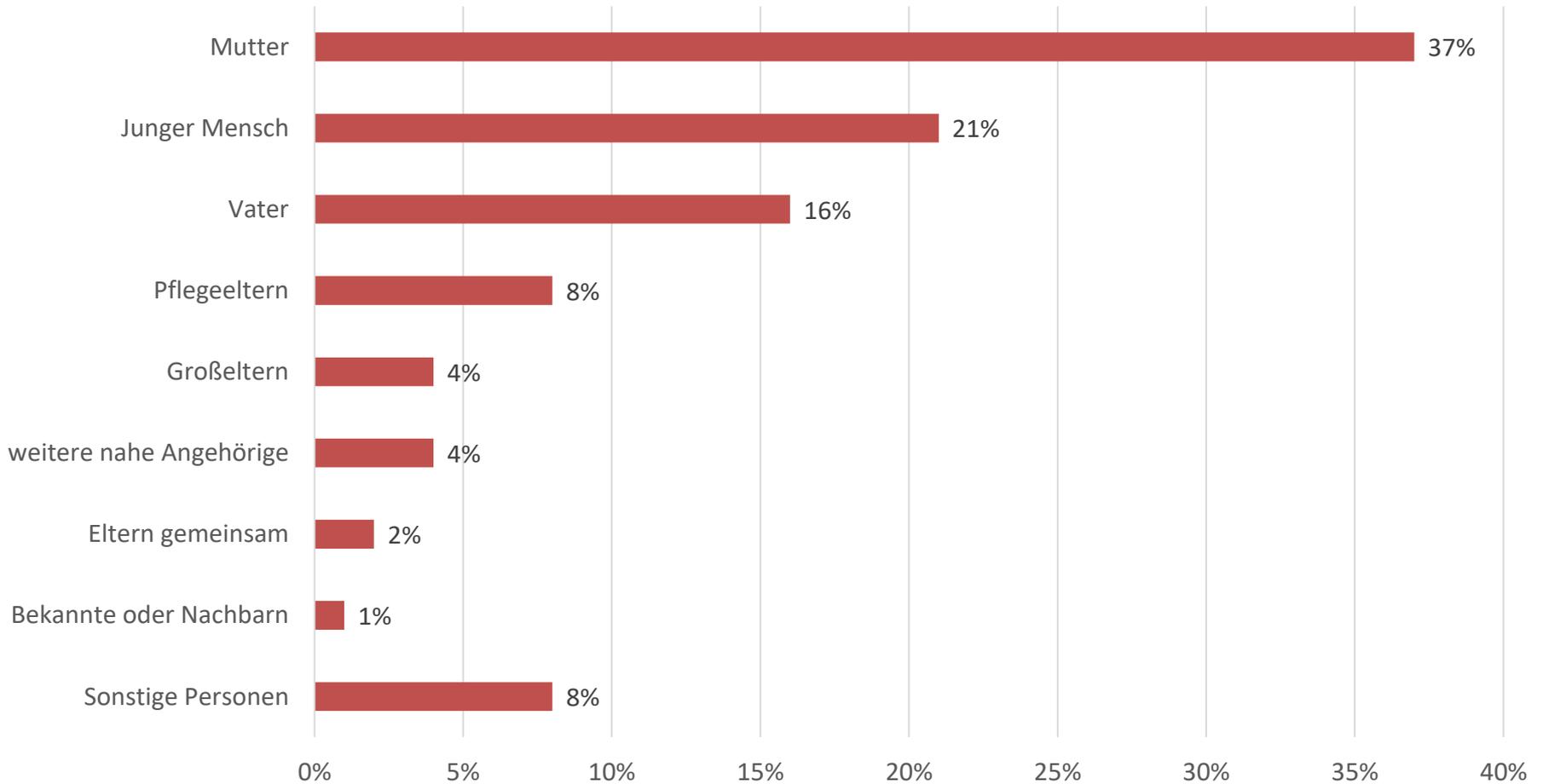
Wie erfolgte der Zugang/ erste Kontakt? (in Prozent)



■ Anruf ■ Email ■ Kontaktformular der Website ■ Social Media ■ Persönlich

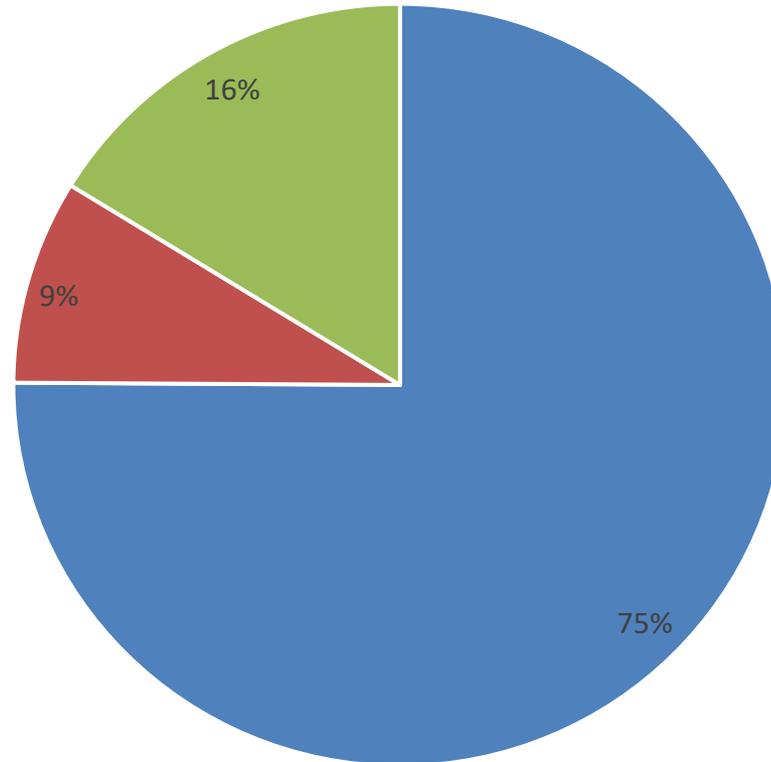


Wer wurde im Schwerpunkt beraten? (in Prozent)





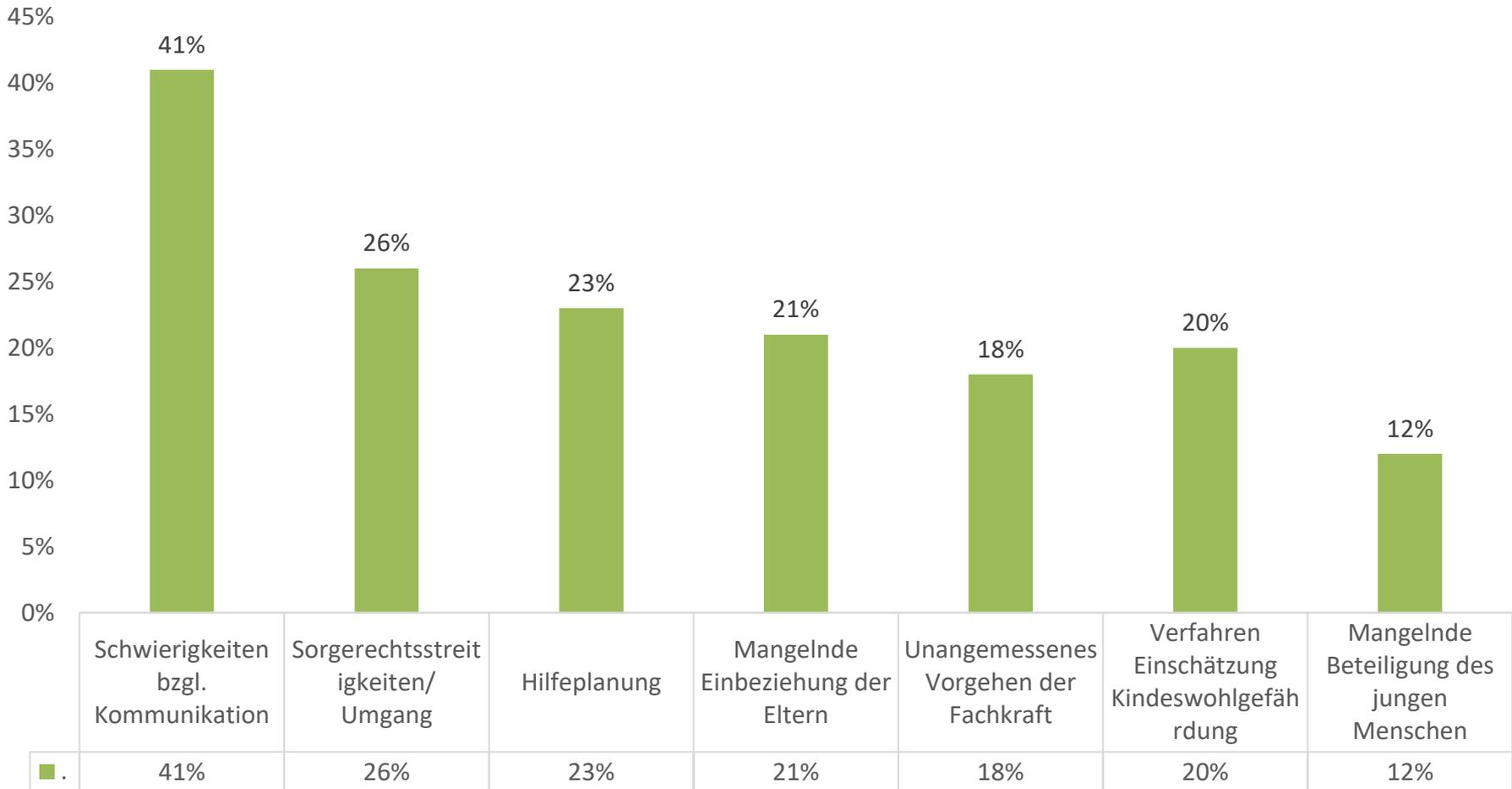
Gegenüber wem besteht das Anliegen/ der Konflikt hauptsächlich? (in Prozent)



- Das Anliegen betrifft vorwiegend den öffentlichen Träger der Jugendhilfe
- Das Anliegen betrifft vorwiegend einen/mehrere freie Träger der Jugendhilfe
- Das Anliegen betrifft sowohl den öffentlichen als auch freie Träger der Jugendhilfe



Was ist der Anlass aus Sicht der Ratsuchenden für die Kontaktaufnahme? (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)





Themenbereich Kindertagesbetreuung

Fallanfragen

10 Fallanfragen
in 2024

12 Fallanfragen
bisher in 2025
(Stand 11.06.25)

Inklusion

Thema Inklusion
in fast allen
Anfragen

Kürzung der
Betreuungs-
zeiten und
Kündigung von
Verträgen bei
Kindern mit
Förderbedarf

Öffentlichkeits- arbeit

Bekanntmachung
von und
Aufklärung über
ombudschaftliche
Arbeit im Kita-
Kontext bei
Trägern und
Eltern

2025 sollen
verstärkt
Vorstellungs-
termine
stattfinden.

Etablierung

§ 9a SGB VIII
etabliert sich im
Bereich der
Kindertages-
betreuung
Schritt für Schritt

Die Erschließung
neuer
Themenfelder
benötigt Zeit.

Bisher beraten
bundesweit
wenige OS zu
diesem Thema.

Bedarfsgerechte Ausstattung

§ 9 a SGB VIII
räumt einen
Anspruch auf
unabhängige,
ombudschaftliche
Beratung ein.
Diese muss
entsprechend
gewährleistet
sein.



Weitere Tätigkeiten 2024 und Ausblick 2025/2026

 Ende 2024: neue mehrsprachige Infomaterialien

 Erreichbarkeit über WhatsApp und Chat während der Sprechzeit, regelmäßige Posts auf Instagram

 Seit März 2025: offene Sprechstunde für junge Menschen in Bremen-Nord

 Ausweitung der Sprechzeiten ab Juli 2025

 2025: Überarbeitung der Website für zielgruppengerechtere Ansprache und Barrierefreiheit

 Informationskampagnen bei den freien Trägern (Kitas, Wohngruppen...)

 Herbst 2025: Fortbildungsangebot für Fachkräfte

 Weiterentwicklung der ombudtschaftlichen Arbeit durch Mitarbeit im Bundesnetzwerk Ombudschaft



BeBeE – Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe im Land Bremen

Standort Bremen

Rembertistr. 32, 4. OG
28203 Bremen

0421/ 526321-0

info@bebee-bremen.de

www.bebee-bremen.de

Standort Bremerhaven

Lloydstr. 35
27568 Bremerhaven

0471/ 9008680-0

info@bebee-bremerhaven.de

www.bebee-bremerhaven.de

NEU! Seit 04.03.2025 offene Sprechzeit in **Bremen-Nord**.

Jeden 1. Dienstag im Monat von 15 Uhr bis 17 Uhr im PiB-Büro
Zur Vegesacker Fähre 2-4, 28757 Bremen.